

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 38/39  
Telefax: 8 88 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast MdB warnt vor einem gefährlichen Zungenschlag in der Debatte um die hier lebenden Ausländer: Mehr als Mittel für unseren Wohlstand.

Seite 1

Dr. Edith Niehuis MdB bewertet die bisherige Arbeit des Bundestagsausschusses für Frauen und Jugend.

Seite 2

Dr. Herbert Schnoor MdL fordert mehr deutsches Engagement für die jugoslawischen Flüchtlinge.

Seite 5

### Dokumentation

Willy Brandt hat dem langjährigen SPD-Vorstandsmitglied Erhard Eppler zu dessen 65. Geburtstag gratuliert. Das Schreiben in leicht gekürzter Fassung

Seite 6

46. Jahrgang / 234

9. Dezember 1991

### "Siehe da! Wir brauchen sie sogar..."

**Ausländer sind mehr als Mittel für unseren Wohlstand**

**Von Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast MdB  
Sprecherin des SPD-Parteivorstandes**

Eigentlich ist es schwer faßbar. Da leben mittlerweile fünf Millionen Ausländer bei uns; zugewandert in mehr als 30 Jahren, denn volle drei Jahrzehnte ist es tatsächlich her, daß die Vereinbarungen über den Zuzug türkischer Arbeitnehmer in Kraft traten. Aber erst die schrecklichen Ausbrüche von Fremdenhaß in diesem Herbst und die danach einsetzende Solidarisierungswelle mit den Menschen anderer Nationalität haben es fertiggebracht, daß auf breiter Front Aufklärungsarbeit über die wirtschaftliche und soziale Rolle der Einwanderer in der Bundesrepublik geleistet wird.

Es begann mit dem - gewiß durchaus eigennütigen - Appell des Hotel- und Gaststättengewerbes, doch bitteschön nicht die Asylbewerber aus dem Land zu jagen. Es folgten intelligente Beiträge in "Capital", "Wirtschaftswoche" und anderen publizistischen Aushängeschildern der Arbeitgeber über die ökonomische Notwendigkeit der Zuwanderung. "Ohne Ausländer sind unsere Renten bald nicht mehr bezahlbar, ohne die Kinder nichtdeutscher Eltern vergraut unsere Gesellschaft" - diese Thesen sind nicht neu, aber sie werden mit unvergleichlich mehr Verve als je zuvor verfochten. Die CDU-Sozialausschüsse erinnern daran, daß allein die in den vergangenen drei Jahren Zugewanderten 1991 29 Milliarden Mark an Steuern und Sozialabgaben gezahlt und deutsche Waren im Wert von 25 Milliarden Mark gekauft haben. Alles gut für unsere Konjunktur. Nur: Warum haben die vielen, die jetzt die Daten und Fakten liefern, sich nicht viel früher und lauter zu Wort gemeldet? Es wäre manches Vorurteil, manche aus Unwissenheit entstandene Feindseligkeit vermieden worden.

Die Bundesregierung hat jetzt eine Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion "Zur Bedeutung der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland" beantwortet. Auch hier das gleiche Resultat: Es stehe fest, daß ausländische Arbeitnehmer die Erwerbslosigkeit hierzulande mitnichten verstärkt hätten! Vielmehr wünschten sich bestimmte Branchen wie die Gastronomie, die Bau- und Landwirtschaft sogar zusätzliche Möglichkeiten, die Saison- und Grenzgängerbeschäftigung zu erweitern, insbesondere für ungelernete Kräfte! Bekannt ist ja auch, daß nach einer Studie mit dem Titel "Stunde Null - Ausländer verheerende Auswirkungen auf das Lohn- und Einkommenssteueraufkommen und auf die Situation in Kindergärten, Schulen und bei Dienstleistungen hätte.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Förderer Umwelt  
mit anerkannter Qualität  
Recycling-Papier



Fazit: "Die ausländischen Arbeitnehmer leisten nach Auffassung der Bundesregierung einen wichtigen Beitrag zur deutschen Volkswirtschaft." So einfach ist das und so überzeugend.

Andererseits können einen bei derlei Unentbehrlichkeitsbescheinigungen mülmige Gefühle beschleichen. Denn das Bild vom Ausländer als "nützlichem Teil der Gesellschaft", der uns die Altersversorgung und das Bruttosozialprodukt abstützt, wächst aus egoistischen Motiven. Es kann gefährliche Auslesemechanismen in Gang setzen, nach dem Motto: Die Jungen, Mobilen, Leistungsstarken, Genügsamen nehmen wir, aber auch nur sie! Mehr oder minder handeln die "echten" Einwanderungsstaaten nach diesen Kriterien. Aber was sagen wir zu den Schwächeren, den Kranken, den Kindern und Alten?

Zugegeben: Um sich der dumpfen Welle von Fremdenhaß entgegenzustellen, sind auch solche Argumente und Daten wichtig, die an die Eigensucht der Deutschen appellieren. Da darf man vielleicht nicht so pingelig sein, wenn's dem Kampf gegen Ressentiments dient. Aber wir können auf dieser Ebene nicht stehenbleiben. Wir müssen sichtbare Signale für unsere Bereitschaft setzen, Ausländern das Leben hier erfreulicher zu machen. Das heißt vor allem, ihnen mehr Teilhabe an der politischen Meinungs- und Willensbildung zu ermöglichen. Deshalb gehört das kommunale Wahlrecht ebenso auf die Tagesordnung wie die Gewährung der doppelten Staatsbürgerschaft, weil nun einmal viele Ausländer verständlicherweise nicht alle Brücken zu ihrem Herkunftsland, alten Freunden und Angehörigen abbrechen mögen.

Ausländer müssen wissen, daß sie bei uns willkommen sind. Nicht nur als Lückenbüßer auf dem Arbeitsmarkt, weil sie unseren Wohlstand mit erzeugt haben. Nicht nur, weil wir sie brauchen - sondern, weil wir sie wollen!

(-/9. Dezember 1991/st/ks)

\*\*\*\*\*

### **Ein Jahr Bundestagsausschuß für Frauen und Jugend** **Querschnittsaufgabe, gleichwertiger Politikbereich oder Spielwiese?**

**Von Dr. Edith Niehuls MdB**  
**Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Frauen und Jugend**

Als der Bundeskanzler zu Beginn der 12. Legislaturperiode die Öffentlichkeit mit der Dreiteilung des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (BMJFFG) überraschte, mangelte es nicht an kritischen Kommentaren, weil es ihm nur so gelang, ein paar weitere Ministersessel für Frauen zu schaffen. Nach dem Süßmuth - Effekt (Motto: Worte statt Taten), dem frauenpolitischen "Lehr-Lauf" im Rahmen des von der SPD immer kritisierten Bauchladenkonzepts des BMJFFG stand nun eine neue Variante ins Haus: das Bundesministerium für Frauen und Jugend neben den Ministerien für Familie und Senioren sowie für Gesundheit. Als parlamentarisches Pendant konstituierte sich am 30. Januar 1991 der Bundestagsausschuß für Frauen und Jugend, was zunächst als Chance gesehen werden kann, sich diesen politisch benachteiligten Gruppen gezielt zu widmen. Nach einem Jahr Arbeit stellt sich die Frage nach einer ersten frauen- und jugendpolitischen Bilanz der ministeriellen und parlamentarischen Institutionalisierung dieser beiden Politikbereiche. Wurde Frauenpolitik einerseits, Jugendpolitik andererseits auf diese Weise zu einem politischen Prinzip im Sinne einer Querschnittsaufgabe oder lediglich zu einer vom Kanzler und seinem Kabinett ein paar Ministerinnen zugewiesenen Spielwiese?

Der Bundestagsausschuß für Frauen und Jugend nutzte seine Chance

Die besondere Institutionalisierung eines Bundestagsausschusses für Frauen und Jugend macht nur einen Sinn, wenn dadurch die Belange von Frauen und Jugend eine stärkere Berücksichtigung in der politischen Diskussion und Entscheidung finden. Insofern nutzte der Ausschuß seine Chance, die Bundesregierung immer wieder auf politischen Handlungsbedarf aufmerksam zu machen. So forderte der Ausschuß im Laufe des Jahres im Rahmen von aktuellen Unterrichtungen die Bundesregierung auf, unter anderem zu folgenden Themen Stellung zu beziehen:

- Situation der Kinderbetreuungseinrichtungen und der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern (Februar 1991);
- Zwangsuntersuchung von Frauen durch den Bundesgrenzschutz an der Deutsch-Niederländischen Grenze (März 1991);
- Situation des Zivildienstes, insbesondere in den neuen Bundesländern (April 1991);
- Situation der Kindertageseinrichtungen, insbesondere in den neuen Bundesländern; Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation für Frauen und Jugendliche in den neuen Bundesländern;
- Auswirkungen des neuen Renten-Überleitungsgesetzes für die Frauen in den neuen Bundesländern (Mai 1991);
- Zwangsadoptionen und -einweisungen in Heime in der früheren DDR (Juni 1991);
- Situation der Jugendinstitute, insbesondere in den neuen Bundesländern;
- Haltung der Bundesregierung zu RU 486 (November 1991).

Mit drei umfangreichen, in der Öffentlichkeit zum Teil stark beachteten Sachverständigenanhörungen zu den Themen

- Identitätsfindung von Jugendlichen in den neuen Bundesländern
- Jugendsekten
- Die Frau in der Landwirtschaft

lenkte der Bundestagsausschuß für Frauen und Jugend die parlamentarische Aufmerksamkeit auf einige Felder, die von der Politik vernachlässigt werden. Die parlamentarische Auswertung der Anhörungen findet zur Zeit noch statt. Mit einer Reise nach Brüssel Ende Oktober 1991 suchte der Bundestagsausschuß für Frauen und Jugend Kontakt zur EG-Kommission und zum EP-Ausschuß für die Rechte der Frau, um die Grundlage für eine in Zukunft immer notwendiger werdende Zusammenarbeit mit der europäischen Ebene zu legen. Doch bei aller Initiativbereitschaft ist nicht zu übersehen, daß die Durchsetzungskraft des Ausschusses auch von der Stellung des Bundesministeriums für Frauen und Jugend in der Zusammenarbeit mit anderen Ministerien abhängig ist.

Schon die Ressortaufteilung zwischen BMFuJ und BMFuS (Familie und Senioren) macht kritische Bemerkungen notwendig. Vorhandene Überschneidungen wirken sich nicht fruchtbar auf die politische Arbeit aus und bringen die zuständigen Ministerinnen in diesem Fall in keine nutzbringende Konkurrenz. Mangels Einigungswillen wurde so zum Beispiel die in der 11. Legislaturperiode eingerichtete Kinderkommission politisch als Unterausschuß beider Parlamentsausschüssen zugeordnet, allerdings mit der organisatorischen Anbindung an den Bundestagsausschuß für Frauen und Jugend. Und es ist die Bundesministerin für Familie und Senioren, die dieser Tage Hilfestellungen für mißhandelte Kinder wie die Einrichtung von Kindertelefonen verkündete, während die Zuständigkeit eindeutig beim Bundesministerium für Frauen und Jugend liegt. Zurück gehen diese Aktivitäten auf einen noch während der letzten Legislaturperiode in interfraktioneller Zusammenarbeit von weiblichen Bundestagsabgeordneten und der Kinderkommission erarbeiteten Antrag zu Maßnahmen gegen Kinderpornographie. Doch während zwei aus der Dreiteilung entstandene Bundesministerien um die Öffentlichkeitsarbeit konkurrieren, hat das Justizministerium die Federführung für den Antrag zu Maßnahmen gegen Kinderpornographie übernommen.

Wie steht es um die politische Durchsetzungskraft?

Während das Bundesministerium für Frauen und Jugend und damit auch der ihm zugeordnete Ausschuß im jugendpolitischen Bereich eindeutige gesetzgeberische Kompetenz und politische Zuständigkeit hat (zum Beispiel KJHG, Bundesjugendplan, Zivildienstgesetz, freiwilliges soziales- und ökologisches Jahr), ist die Situation in der Frauenpolitik verworrener. Die zu Beginn der Legislaturperiode angekündigte "Mitfederführung" des Bundesministeriums für Frauen und Jugend bei allen die Frauen betreffenden Gesetzen und parlamentarischen Initiativen hat sich in der Praxis eher als machtlose Mitberatung erwiesen. Die Entscheidungsmacht anderer Ressorts ist durch die Existenz des neuen Ministeriums nicht sichtbar eingeschränkt worden, was sich auch auf die Arbeit des Bundestagsausschusses für Frauen und Jugend auswirkte:

Von 45 parlamentarischen Initiativen (bis November 1991) durfte der Ausschuß lediglich sieben federführend behandeln, also 15 Prozent. Das heißt ganz konkret, andere politische Ressorts sind noch nicht bereit, dem neuen Bundesministerium und dem Ausschuß politische Zuständigkeit zu übertragen. Auch gibt es Versuche, den Ausschuß an einer wirkungsvollen Mitberatung zu hindern. So geschehen bei der Änderung des Bundeserziehungsgeldgesetzes, das nach wie vor zu 99 Prozent von Frauen in Anspruch genommen wird (Erziehungsurlaub, Erziehungsgeld). Obwohl bereits in der Sommerpause öffentlich vorgestellt, brachte das Bundesministerium für Familie und Senioren den Gesetzentwurf so spät im Deutschen Bundestag ein, daß das mitberatene Votum des Bundestagsausschusses für Frauen und Jugend nicht mehr parlamentarisch berücksichtigt werden konnte.

Ein Jahr parlamentarischer Alltagsbetrieb zeigt, daß es nicht reicht, formal einen selbständigen politischen Bereich "Frauen und Jugend" zu schaffen, wenn nicht zugleich Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe verankert wird. Wer Frauenpolitik auf seine Fahnen schreibt, der muß sich an dem Maßstab messen lassen, wieviel Macht und wieviel Rechte er der Frauenpolitik zugesteht.

Daß es im Deutschen Bundestag bisher an einem dementsprechenden Willen mangelte, zeigt die Behandlung der gesetzlichen Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs. Obwohl das Frauenministerium um die Federführung für dieses Gesetz warb, tendierte die CDU/CSU zum Ministerium für Familie und Senioren, und auch das Justizministerium zeigte Begierlichkeit. Der Sonderausschuß ist in diesem Kompetenzwirrwarr zunächst einmal ein parlamentarischer Kompromiß.

Nicht einmal in allen Fragen der Frauenförderung gibt es die eindeutige Zuständigkeit des Bundesministeriums für Frauen und Jugend. Als die EG-Kommission den sogenannten Frauenfördererlaß NRW vom 5. April 1990 "Bevorzugte Berücksichtigung von Betrieben, die junge Frauen ausbilden, bei der Vergabe öffentlicher Mittel" untersagte, fand dieses Verhalten der Kommission die Zustimmung der Bundesregierung. Auf eine entsprechende schriftliche Frage im Deutschen Bundestag antwortete für die Bundesregierung das Wirtschaftsministerium ohne Erwähnung des Frauenministeriums (BT-Drucksache 12/397). Und das, obwohl das Dritte Aktionsprogramm für die Chancengleichheit von Frauen und Männern (für den Zeitraum 1991 bis 1995), das von der EG-Kommission im Oktober 1990 verabschiedet wurde, federführend vom Bundestagsausschuß für Frauen und Jugend behandelt wurde.

Auch gegenüber dem Bundesfinanzministerium konnte sich das Frauenministerium nicht zufriedenstellend durchsetzen. Während im allgemeinen der angekündigte Subventionsabbau nicht gelungen ist, so doch im Haushaltstitel des Frauen- und Jugendministeriums, der im Zuge der Beratungen zum Haushalt 1992 um ein Drittel gekürzt wurde. Das bedeutet konkret, 1992 stehen keine Bundesmittel mehr zur Verfügung, um die weitere Existenz von flächendeckenden Kinderbetreuungseinrichtungen in den neuen Bundesländern nötigenfalls zu sichern. Den im Moment von Arbeitslosigkeit überproportional betroffenen ostdeutschen Frauen könnte zukünftig das blühen, was westdeutsche Frauen allzu gut können: Mangels ausreichender familienergänzender Kinderbetreuungseinrichtungen Familie und Beruf nicht mehr vereinbaren zu können.

Nach einem Jahr Frauen- und Jugendpolitik in einem eigenständigen Ressort ist es nicht gelungen, Frauenpolitik über die Förderung kleiner Modellvorhaben, Veröffentlichungen und einen Frauenpreis hinaus zu einem anerkannten Politikbereich zu machen.

Der Bundestagsausschuß für Frauen und Jugend wird auch weiterhin in diesem Sinne initiativ bleiben und dem Ministerium seine Unterstützung anbieten. Doch er erwartet auch vom Bundesministerium für Frauen und Jugend den nötigen Respekt vor der parlamentarischen Arbeit. Diesen könnte man vermissen, wenn man sich die Debatte über den Haushalt 1992 vor Augen führt: Die Ministerin erschien gar nicht erst im Deutschen Bundestag, sondern gab ihre Rede in Abwesenheit zu Protokoll.

Vom Status einer Querschnittsaufgabe oder eines gleichwertigen Politikbereichs ist die Frauenpolitik im Deutschen Bundestag noch weit entfernt.

(-/9. Dezember 1991/st/ks)

\*\*\*\*\*

**Ungarn jetzt nicht allein lassen**  
**Deutsche und europäische Soforthilfe für jugoslawische Flüchtlinge erforderlich**

**Von Dr. Herbert Schnoor MdL**  
**Innenminister von Nordrhein-Westfalen**

Bundeskanzler Kohl und die Europäische Gemeinschaft müssen unverzüglich finanzielle und materielle Hilfe für die aus dem ostslawonischen Bürgerkriegsgebiet nach Ungarn geflüchteten Menschen leisten.

Ungarn, das nach Presseberichten bislang bereits eine halbe Million Flüchtlinge aufgenommen hat und selbst in einer Finanzkrise steckt, darf jetzt nicht allein gelassen werden. Die Flüchtlinge, die zumeist nur das Nötigste mitnehmen konnten, müssen in den Grenzregionen menschenwürdig untergebracht und versorgt werden, damit sie den Winter nicht in Notaufnahmehäusern verbringen müssen. Dies ist sinnvoller, als wenn sie zu Tausenden zu uns kommen und hier Asyl beantragen. Allein in diesem Jahr haben in NRW schon mehr als 25.000 jugoslawische Flüchtlinge um Asyl nachgesucht. Inzwischen kommt nahezu jeder zweite Asylbewerber aus dem Bürgerkriegsland Jugoslawien. Doch gemessen an den Opfern, die die Ungarn ganz selbstverständlich auf sich nehmen, sind die Leistungen der reichen Bundesrepublik bislang eher bescheiden. Die Hilfe für die Flüchtlinge in Ungarn ist eine Bewährungsprobe dafür, wie ernst es der neue Bundesminister Seiters mit der von der Bundesregierung mehrfach angekündigten "neuen Flüchtlingspolitik" meint. Ich bin mir mit meinem neuen Bonner Kollegen darin einig, daß nach dieser Konzeption vorrangig Hilfe in den Flucht- und Heimatländern geleistet werden muß. Deshalb setze ich mich dafür ein, das hilfsbereite Ungarn finanziell zu unterstützen, damit die zur Flucht gedrängten Menschen dort solange bleiben können, wie der Bürgerkrieg in Kroatien tobt.

Wir dürfen nicht unbeteiligte Zuschauer sein, wenn hundertausende von Menschen auf der Flucht sind, denn ein so kleines und armes Land wie Ungarn kann die Flüchtlingsprobleme im Südosten Europas nicht allein lösen. Jetzt geht es um unmittelbare und rasche Hilfe, und es wäre eine Schande, wenn die Opfer des Krieges auch noch unter den Folgen ihrer Flucht leiden müßten, während die Völkergemeinschaft tatenlos zusieht.

Ich appelliere an die Bundesregierung, das deutsche Engagement in dieser Frage erheblich zu verstärken. Ich würde es begrüßen, wenn es zu einer mit der EG abgestimmten Hilfe käme. Wenn dies aber nicht möglich ist, muß die Bundesrepublik notfalls allein, dafür aber umso schneller helfen.

(-/9. Dezember 1991/st/ks)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Den Blick auf Wesentliches gelenkt**

Der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt hat dem früheren Bundesminister und langjährigen Parteivorstandsmitglied Erhard Eppler zu dessen 65. Geburtstag gratuliert. Wir dokumentieren seinen Brief in leicht gekürzter Fassung.

Lieber Erhard,

meine Gratulation und meine guten Wünsche für die vor Dir liegenden Jahre verbinde ich mit einem sehr herzlichen Dank: Wenige haben in selbstloser Beharrlichkeit soviel dazu beigetragen, den Blick von Weggefährten und Mitbürgern auf Wesentliches und Wichtiges zu lenken. Du hast es auf Dich genommen, ohne immer auf Belfall rechnen zu können, einem jeweils größeren oder kleineren Teil von Menschen den Blick für neue Herausforderungen zu öffnen und zu begründen, was aus Deiner Sicht unter grundwerte-bezogener Verankerung politischen Handelns zu verstehen sei.

Gern denke ich an die Jahre der Zusammenarbeit in der Bundesregierung, im Parteivorstand, in der Programmkommission und an die vielen Anregungen, die - auch außerhalb von Gremien und ob immer gleich bei hinreichender Aufgeschlossenheit oder nicht - von Dir ausgegangen sind.

Du hast zumal unserer Partei - und den internationalen Gemeinschaften, in die wir einbezogen sind - viel gegeben und wirst hoffentlich die Möglichkeit haben, dies über weitere Wegstrecken hinweg noch viele Jahre bei möglichst guter Gesundheit fortzusetzen.

Nun bist Du ja auch erst 65. Als einer, der Dir, was die Zahl der Jahre angeht, um ein gutes Dutzend voraus ist, kann ich versichern, daß auch das Alter manches für sich hat.

Mit herzlichen Grüßen

Dein

Willy Brandt.

(-/9. Dezember 1991/st/ks)

\*\*\*\*\*